

Bundeshilfe setzt falsche Anreize

Der Bund gibt viel Geld aus, um Flüchtlinge zu integrieren und fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Doch das zeigt kaum Wirkung – auch, weil die Bundesgelder sich negativ auf die Bemühungen der Kantone auswirken.

VON **SERMIN FAKI**

Dass Flüchtlinge und Asylsuchende zu selten arbeiten, sorgt nicht erst für Gesprächsstoff, seit CVP-Exponenten einen Arbeitszwang fordern. Wie man die Erwerbsquote anheben und damit die Kosten für Sozialhilfe senken kann, ist seit Jahren ein Thema. Der Bund zahlt den Kantonen auch bereits eine Integrationspauschale von 6100 Franken pro zugeteilten Flüchtling und vorläufig Aufgenommenen, um diese fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Für die Aargauer Regierungsrätin Susanne Hochueli ist das nicht genug, insbesondere in Bezug auf Eritreer, die derzeit die grösste Gruppe an Asylbewerbern stellen. Sie verlangte kürzlich eine Erhöhung auf 24 000 Franken pro Person.

Erwerbsquote steigt spät

Tatsächlich lässt eine bislang wenig beachtete Studie Zweifel am Anreizsystem des Bundes aufkommen – allerdings legt sie eher nahe, dass die Bundesbeiträge sinken sollten. Neben der einmaligen Integrationspauschale zahlt der Bund den Kantonen auch eine Pauschalvergütung für Sozialhilfe und weitere Kosten. Diese beträgt durchschnittlich 1500 Franken monatlich und wird für anerkannte Flüchtlinge fünf und für vorläufig Aufgenommene sogar sieben Jahre lang ausgerichtet.

Wie die Studie zeigt, wirkt sich das negativ auf die Bemühungen der Kantone aus, die ihnen zugeteilten Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt zu bringen. Für einen erwerbstätigen Flüchtling entfällt die Pauschale nämlich.



Wenn ein Flüchtling arbeitet, wirkt sich das auch auf die Bundeskasse positiv aus – und zwar mit bis zu 38 000 Franken pro Jahr und Person.

Bild Key

Entsprechend tief ist die Erwerbsquote: Nur zwischen 20 und 30 Prozent gehen einer Arbeit nach. Endet die Bundesfinanzierung nach fünf oder sieben Jahren, steigt die Erwerbsquote deutlich an, so Claudio Spadataro, der die Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Migration mitverfasst hat. Nach zehn Jahren liegt sie bei den anerkannten Flüchtlingen bei 48 Prozent, bei den vorläufig Aufgenommenen immerhin bei 25 Prozent. «Es wäre zumindest plausibel, dass beides – das Ende der Bundesfinanzierung und die Erwerbsquote – miteinander zusammenhängt», so Experte Spadataro. Dieser Meinung ist

auch alt SP-Nationalrat Rudolf Strahm, der in einer Kolumne im «Tages-Anzeiger» kürzlich ein neues Anreizsystem gefordert hat. Der Bund solle nur ein Jahr lang für den Unterhalt der Flüchtlinge aufkommen.

Für seine Partei, der auch die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga angehört, ist das jedoch der falsche Weg. Strahm habe mit der Diagnose zwar recht, so Fraktionschef Andy Tschümperlin. Doch: «Gegen die Kantone geht es nicht», so der Schwyzer Nationalrat. «Bund und Stände müssen einvernehmlich zusammenarbeiten.» Das habe die Neustrukturierung des Asylwesens gezeigt, die in

der kommenden Session vom Nationalrat behandelt wird. «Ohne den Einbezug der Kantone wäre die Reform nicht möglich», ist er sich sicher.

SP will aktiv werden

Dennoch sieht auch Tschümperlin Handlungsbedarf, allerdings bei den Kantonen. «Diese haben beispielsweise Angst, die Rückkehr von vorläufig Aufgenommenen in die Heimat zu erschweren, wenn sie sie zu gut integrieren. Doch die Stände müssen einsehen, dass 90 Prozent später einen Aufenthalt bekommen und hierbleiben.» Tschümperlin will daher, dass die Kantonssektionen der SP Vorstösse einreichen, die diesem Umstand Rechnung tragen.

Die Rechtsstellung der vorläufig Aufgenommenen ist der SP ein Dorn im Auge. In ihren Legislaturzielen setzt sie sich zum Ziel, diese deutlich zu verbessern. Auf dem Arbeitsmarkt ist der Status tatsächlich ein Nachteil. Zu diesem Urteil kommt auch die Studie von Spadataro. Der Status sei mit bürokratischen Hürden verbunden und führe aufgrund des Titels «vorläufig» ausserdem zu Skepsis bei den Arbeitgebern. Die Experten empfehlen daher, Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene auf dem Arbeitsmarkt mit Personen mit einer Niederlassungsbewilligung gleichzustellen. Ginge es nur um die Frage der Integration auf dem Jobmarkt, «müsste die Abschaffung des Status gefordert werden», so die Autoren.

Integration lohnt sich

Eine grössere Erwerbsquote auch für vorläufig Aufgenommene wird wichtig sein angesichts der vielen Asylsuchenden, die derzeit ins Land strömen. Gelingt deren Integration nicht, werden die Sozialkosten massiv steigen. Dass sich Integration lohnt, zeigt eine weitere Studie des Bundes. Demnach macht es einen grossen Unterschied für seine Kasse, ob jemand erwerbstätig ist oder nicht. Zwischen 32 000 und 38 000 Franken kommen pro Jahr und Person zusammen, weil der Bund weniger ausgibt und gleichzeitig mehr einnimmt.

Nicht verlängert

Urner Wolf steht nicht mehr auf Abschussliste

ALTDORF Die Urner Regierung verlängert nicht die Abschussbewilligung für den Wolf, der im Juni auf verschiedenen Alpen in der Gemeinde Isenthal Schafe gerissen hatte. Sie geht davon aus, dass der Wolf das Gebiet Ende Juni verlassen hat. Das Tier wurde seither weder gesichtet, noch wurden Spuren oder Risse von Wild- oder Nutztieren entdeckt.

Die Abschussverfügung wurde am 26. Juni 2015 im Amtsblatt publiziert. Diese wurde gemäss Wolfskonzept Schweiz auf 60 Tage befristet und läuft nun aus. Die First kann nur maximal 30 Tage verlängert werden, wenn während der 60 Tage der Abschussbewilligung weitere Wolfspure verzeichnet werden. Wie im Wolfskonzept Schweiz vorgesehen, werde nun versucht, einen praktikablen und finanzierbaren Herdenschutz aufzubauen, um Schäden von Wölfen in Zukunft möglichst zu vermeiden. In Uri darf ein Wolf abgeschossen werden, wenn er innerhalb eines Monats mehr als 25 Nutztiere reisst. Die Schadensschwelle sei in diesem Fall deutlich überschritten worden, schreibt die Sicherheitsdirektion. Der Wolf hatte im Juni in der Gemeinde Isenthal mehr als 30 Schafe gerissen. (sda)

Ermittlungen eingestellt

ZÜRICH Der Zürcher Staatsanwalt Andrej Gnehm hat die Ermittlungen gegen einen Chefbeamten der kantonalen Bildungsdirektion im Zusammenhang mit der Affäre Mörgeli eingestellt. Gegen den Chef des Zürcher Hochschulamtes, Sebastian Brändli, hatte er wegen Amtsgeheimnisverletzung ermittelt. Brändli war verdächtigt worden, im Zusammenhang mit der Entlassung von Christoph Mörgeli als Kurator des medizinhistorischen Museums vertrauliche Informationen weitergegeben zu haben. (sda)

ÖV-Tarifsystem soll flexibler sein

BERN Der Verband öffentlicher Verkehr (VöV) arbeitet an einem neuen, flexibleren Tarifsystem. Das neue System soll den Ticketpreis aufgrund der Angebotsqualität ermitteln, also etwa anhand der Kosten einer Strecke oder auch der Attraktivität. Stark befahrene Strecken könnten damit noch teurer werden. Dagegen könnten Abschnitte mit schwächerer Nachfrage auch einmal von einer Preiserhöhung ausgenommen bleiben. Ob das System zur Anwendung kommt, entscheidet sich laut VöV erst, wenn über Tarifanpassungen entschieden wird.

Auf den Fahrplanwechsel im Dezember wird das Reisen mit dem öffentlichen Verkehr nicht teurer. Zugreisende müssen aber ab 2017 tiefer in die Tasche greifen, da sie über ihre Billette mehr für die Bahninfrastruktur bezahlen müssen. Wie stark die Preise deswegen ab Dezember 2016 aufschlagen, ist offen. (sda)

Schule bewilligt Kopftuch

THUN Die Thuner Schule, die ein kopftuchtragendes, islamisches Mädchen vom Unterricht ausschloss, will eine Ausnahme machen. Bis ein Grundsatzentscheid des Bundesgerichts vorliege, solle jeder Fall einzeln geprüft werden. Die Hausordnung der Schule, die das Tragen von Hüten und anderen Kopfbedeckungen verbiete, bleibe aber in Kraft und werde nicht geändert, teilte die Stadt Thun gestern mit. (sda)

Ende der Legislatur Nationale Sicherheitspolitiker tagen in der Region Schaffhausen



Bei nasskaltem Wetter versammelten sich gestern Abend rund 50 Politikerinnen und Politiker sowie Angehörige des Verteidigungsdepartementes (VBS) vor dem Rheinfluss in Neuhausen. Anlass war eine Sitzung der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) des Nationalrates, die vom Schaffhauser Thomas Hurter (hinten Mitte) präsiert wird. Es sei Tradition, dass eine der letzten Sitzungen der Legislatur in der Heimatregion des Präsidenten stattfindet, sagte dieser gegenüber den SN. Empfangen wurde die Gruppe inklusive Bundesrat Ueli Maurer (vorne Mitte), unter anderem von den

Regierungsräten Reto Dubach (vorne, 4. v. r.) und Ernst Landolt (vorne, 7. v. r.), dem Schaffhauser Stadtpräsidenten Peter Neukomm (mittlere Reihe, 4. v. r.) und dem Neuhauser Gemeindepräsidenten Stephan Rawlyer (vorne, 2. v. r.).

Nach dem Fototermin beschloss die Gruppe den Tag beim Apéro im Schlössli Wörth. Bereits heute wird sich die SiK allerdings wieder an die Arbeit machen: Auf dem Programm stehen unter anderem so wichtige Geschäfte wie die Weiterentwicklung der Armee oder das neue Nachrichten-dienstgesetz. (vbu)

Bild Begüm Ürek